



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, Inhaber der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

Konjunktur erst 2028 wieder auf Vorkrisen-Niveau?

Psychologie ist für die Konjunktur bekanntlich die halbe Miete. Ohne Vertrauen in die Zukunft verkümmert die Konsum- und Investitionsbereitschaft. In diesem Sinne wirken gerade in dunklen Corona-Zeiten positive Nachrichten wie lang ersehnte Mutmacher und Leuchttürme. Das gilt zumindest dann, wenn sie erkennbar die Realitäten widerspiegeln. Der Versuch, durch Pfeifen im dunklen Wald öffentliche Stimmung aufzuhellen, wirkt dagegen kontraproduktiv. Aktuelles Beispiel dafür ist die These des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), die deutsche Konjunktur habe die Talsohle der Krise bereits durchschritten. Das BIP werde im laufenden Jahr wegen der Pandemie zwar um 7,1 % einbrechen, aber 2021 schon wieder um 7,2 % wachsen. Wesentlich skeptischer und wohl auch realistischer fällt die Prognose der Unternehmensberatung McKinsey aus. Man schätzt, dass die deutsche Wirtschaft derzeit ein Viertel weniger an Gesamtleistung erbringt als sonst. Das BIP liege aktuell bei 43 Mrd. Euro pro Woche, also knapp 15 Mrd. Euro unter dem „Normalwert“ von 58 Mrd. Euro. Für das Gesamtjahr rechnet McKinsey mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um bis zu 10 %. Frühestens 2028 werde Deutschland wieder den Wachstumspfad aus der Zeit vor der Krise erreichen – und das nur dann, wenn Unternehmen und Politik die richtigen Konsequenzen aus der Krise zögen.

„Langer, langer Weg“

Ein besonders düsteres Szenario hat die Weltgesundheitsorganisation in die Diskussion eingebracht. Die WHO schließt nicht aus, dass das Corona-Virus nach seiner weltweiten Ausbreitung in der Bevölkerung heimisch werden, also nie mehr völlig eliminiert werden kann. Auch das HIV-Virus, das die Immunschwächekrankheit Aids auslöst, sei nie wieder völlig verschwunden. Jedoch sei es der Welt gelungen, durch Entwicklung effektiver Medikamente und Vorbeugungsmaßnahmen mit HIV zu leben. Die einzige Chance, Corona auszurotten, bestehe in der Entwicklung eines hochwirksamen Impfstoffes, dessen weltweite Verfügbarkeit in ausreichender Menge viel Zeit brauchen werde. Die erhoffte Rückkehr zur Normalität sei daher „ein langer, langer Weg.“ Nahezu alle bekannten Krisenbewältigungsprognosen setzen die baldige Bereitstellung eines Impfstoffs spätestens 2021 voraus. Sollte diese Bedingung nicht eintreten, dürften selbst die düstersten konjunkturellen Hochrechnungen zur Makulatur werden.

Erste Zwischenbilanz

Schon jetzt hat Corona die deutschen Unternehmen voll erfasst. Einer DIHK-Umfrage zufolge leiden 60 % der Betriebe unter gesunkener Nachfrage und 43 % unter stornierten Aufträgen. Bei fast der Hälfte aller Firmen standen die Geschäfte während des Shutdowns ganz oder teilweise still. 80 % rechnen für 2020 mit einem mehr oder weniger kräftigen Umsatzrückgang, jeder vierte Betrieb befürchtet ein Minus von mehr als 50 %. Über ein Drittel erwartet frühestens 2021 eine Rückkehr zur früheren Geschäftslage. Jedes zwanzigste Unternehmen hat diese Hoffnung bereits aufgegeben. Nicht überraschen kann die Tatsache, dass die Krise immer stärker auf den Arbeitsmarkt durchschlägt. Das betrifft die inzwischen weit verbreitete Kurzarbeit ebenso wie den steilen Anstieg der Kündigungen. Das wiederum führt in der Bevölkerung zu einer zunehmenden Schwächung des Konsumverhaltens.

Reduzierung der Kaufkraft

Bereits 2,1 Millionen Bundesbürger erleiden infolge des Shutdowns bereits „existenzbedrohende finanzielle Einbußen.“ Das hat eine repräsentative Umfrage der Postbank ergeben. Weitere 3,5 Millionen Deutsche melden „erhebliche“ finanzielle Einbußen, über 11 Mio. „leichte“ Kürzungen. Insgesamt ist also schon über ein Fünftel der Bevölkerung von der Misere tangiert. Die Auswirkungen der Pandemie betreffen alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen. Überdurchschnittlich stark leiden allerdings die Familien. Die Einkommensverluste führen naturgemäß in den meisten Fällen zu einer Reduzierung der Geldrücklage. Die Hoffnung, dass Anschaffungen später nachgeholt werden, könnte sich bei der Bevölkerungsgruppe von 11,4 % erfüllen, die in der Krise sogar stärker sparen. Belebt werden dürfte die Kaufkraft auch bei denen, deren kostenintensive Auslandsurlaube ausfallen.

SHK-Fachhandwerk: noch relativ gelassen

In SHK-Fachhandwerk scheint die Corona-Krise (noch) nicht voll durchgeschlagen zu sein. Eine im April durchgeführte Querschiesser-Befragung kommt zu dem Schluss, dass die Pandemie „noch keine großen Flurschäden und Verhaltensanpassungen erzeugt habe.“ Allerdings seien bis zu 70 % der Betriebe von Auftragsverschiebungen betroffen. Gleichwohl bezeichnen 91 % ihren Auftragsbestand immer noch als ausreichend. „Nur“ 9% sehen das Risiko, im Laufe der nächsten vier Wochen in den Sog der Krise zu schlittern. Ein Fünftel meldet einen Rückgang bei Großprojekten, ein Drittel Störungen bei der Fertigstellung von Baustellen und ein Sechstel komplette Baustellen-Stops. Bei den Zukunftserwartungen erweist sich Corona bereits als deutlicher Bremsfaktor. 75 % der Handwerker erwarten Rückgänge um durchschnittlich 23 %. Als Hauptursachen werden die Konsumzurückhaltung der Endkunden und die Finanzschwäche der Kommunen genannt. Außerdem erwartet man, dass die Aufträge langsamer durchgeschleust und zusätzliche Kosten verursachen würden. Für Industrie und Großhandel wird es zu einem deutlich umsatzschwachen vierten Quartal kommen. Eine Normalisierung des Geschäftslebens wird – im Durchschnitt der Stellungnahmen – schon zum Jahresende erwartet.

Goldener Abgang

Nach ihrem wenig ruhmreichen Rücktritt als SPD-Parteivorsitzende im Juni 2019 war es für Berliner Insider nur eine Frage der Zeit, wann sich ein „angemessener“ Versorgungsposten für Andrea Nahles finden würde. Tatsächlich hat der amtierende Bundesfinanzminister seiner arbeitslosen Parteigenossin jetzt einen lukrativen Job als Präsidentin der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation besorgt. Jahreseinkommen: rund 150.000 Euro. Erstaunlich ist die Dreistigkeit, mit der Parteien öffentliche Versorgungsposten für gescheiterte Funktionäre in Anspruch nehmen. Schon 2019 war bekanntlich Thorsten Schäfer-Gümbel, bis dahin stellvertretender SPD-Vorsitzender, auf den Polstersessel des Personalvorstands bei der staatseigenen GIZ entsorgt worden. Sein Jahresgehalt beträgt nun 200.000 Euro. Dabei soll sich übrigens die damals noch amtierende Nahles im Hintergrund als Strippenzieherin betätigt haben...